

Verteilungsgerechtigkeit schaffen: um die öffentlichen Haushalte zu stärken - für ein sozial gerechtes Düsseldorf!

Das „Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte Gesellschaft – sozial und ökologisch“ (inzwischen bestehen wir aus 20 Organisationen) hat sich vor gut zwei Jahren gegründet, um darauf hinzuweisen, dass viele soziale und ökologische Probleme nur halbherzig oder fast gar nicht angepackt werden, weil dafür das notwendige Geld in den öffentlichen Haushalten fehlt. Gleichzeitig stiegen die Vermögen der Superreichen gerade auch in Krisenzeiten teilweise exorbitant. Die Ungleichheit hat deutlich zugenommen. Deshalb muss die Vermögenssteuer für Multimillionäre wieder erhoben und die Erbschaftssteuer so reformiert werden, dass die Privilegien für Multimillionäre gestrichen werden, während kleine und mittelgroße Erbschaften nicht stärker belastet werden.

Aus diesem Grunde fordern wir als Düsseldorfer Bündnis, dass

- der Rat der Stadt in einem Beschluss die Landesregierung NRW auffordert, zur Vermögens- und Erbschaftssteuer eine entsprechende Bundesratsinitiative in Gang zu setzen, um die kommunalen Haushalte durch eine Umlage eines Teils dieser Landessteuern deutlich zu stärken;
- der Rat der Stadt beschließt, den Gewerbesteuerhebesatz in Düsseldorf anzuheben, zumindest so lange bis der städtische Haushalt durch zusätzliche Erträge aus Vermögens- und Erbschaftssteuer gestärkt wird.

Wir stellen kritisch fest, dass leistungslose Kapitaleinkünfte für Reiche geringer besteuert werden als Einkommen aus Arbeit. In Deutschland gilt eine Abgeltungssteuer von 25% auf Zins- und Dividendeneinnahmen, während Arbeitseinkommen mit bis zu 45% besteuert werden. Dies wird dem Prinzip nicht gerecht, dass stärkere Schultern einen größeren Beitrag zum Allgemeinwohl leisten sollen. Das ist sozial ungerecht.

- Wir fordern, dass leistungslose Kapitaleinkünfte mindestens so hoch wie Arbeitseinkommen besteuert werden. Der Rat der Stadt Düsseldorf soll daher die Landesregierung auffordern, auch hier eine Bundesratsinitiative zu erwirken, um diese Änderung zu erreichen.

Weiterhin stellen wir kritisch fest, dass Topverdiener*innen steuerlich begünstigt während Durchschnittseinkommen zu hoch belastet werden. Denn der Reichensteuersatz von 45% gilt erst ab einem Einkommen von 278.000 Euro pro Jahr und stagniert dann ohne weitere Steigerung für alle höheren Einkommen. Das ist sozial ungerecht.

- Wir fordern, dass Topverdiener*innen einen angemessenen höheren Steuerbeitrag leisten und Durchschnittsverdiener*innen entlastet werden. Der Rat der Stadt Düsseldorf soll auch hier von seinen Einflussmöglichkeiten auf die Landesregierung Gebrauch machen.

Mit den dadurch erzielten Mehreinnahmen kann die Bundesregierung den Kommunen unmittelbar Finanzmittel zufließen lassen, die diese benötigen, um die zahlreichen sozialen, infrastrukturellen und ökologischen Herausforderungen meistern zu können.

Düsseldorf, 28. Mai 2024